

Mitnahmeeffekte drohen

Rentenversicherung. Viele Senioren bekommen nur eine kleine gesetzliche Rente, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Die Bundesarbeitsministerin will diesen Personen einen Zuschuss aus der Rentenkasse gewähren. Werden die vorliegenden Pläne umgesetzt, drohen jedoch teure Mitnahmeeffekte.

Im September hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen den Rentendialog mit Fachpolitikern, Vertretern der Rentenversicherung, Gewerkschaften und Arbeitgebern aufgenommen. Gegen die Alterssar-

mut will die Ministerin unter anderem mit diesen zwei Maßnahmen ankämpfen:

1. Zuschussrente. Die gesetzliche Rente soll auf 850 Euro pro Monat aufgestockt werden, wenn sie unter

dem Grundsicherungsniveau von derzeit etwa 685 Euro pro Monat bleibt. Die Grundsicherung im Alter war an die Stelle der früheren Sozialhilfe getreten.

Die Zuschussrente soll aber nur an Personen gezahlt werden, die ein Leben lang gearbeitet haben. Sie wird deshalb an mehrere Bedingungen geknüpft: Der Antragsteller muss – einschließlich Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten – 45 Versicherungsjahre nachweisen. Außerdem muss er 35 Jahre lang Beiträge gezahlt und zusätzlich „geriestert“ haben, also mithilfe staatlicher Zulagen auf eine privat finanzierte „zweite“ Rente gespart haben.

Momentan rechnet die Bundesregierung mit etwa 17.000 anspruchsberechtigten Senioren. Dieser Kreis kann aber bis 2030 auf über 1 Million Personen steigen, weil zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit zu niedrigeren Rentenansprüchen führen können.

Dann wären von der Rentenkasse zusätzliche Aufwendungen von etwa 2,5 Milliarden Euro zu stemmen. →

Die gesetzliche Rente ist nicht alles

Einkommensquellen der Bevölkerung ab 65 Jahren in Prozent

	Insgesamt	Frauen	Männer
Nur eigene gesetzliche Rente	44	42	47
Eigene gesetzliche Rente und – Hinterbliebenenversorgung	14	22	3
– eigene betriebliche Altersversorgung	12	4	24
– eigene Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	7	6	8
Keine Alterssicherungsleistungen	4	5	2

Stand: 2007; Differenz zu 100: Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte und Sonstige
 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 40

Inhalt

Strommarkt: In Deutschland hat mehr Wettbewerb in den Strommarkt Einzug gehalten. Andere europäische Länder haben noch Nachholbedarf.
Seite 3

Nachhaltigkeit: Bio-waren, Fairtrade-Produkte sowie regionale und saisonale Lebensmittel werden immer gefragter.
Seite 4-5

US-Gesundheitsreform: Zahlreiche Bundesstaaten haben Klage eingereicht gegen das Kernstück der Reform – die Krankenversicherungspflicht.
Seite 6

Migranten: Eine Beziehung mit einem deutschen Partner hat für viele Migranten Vorteile, unter anderem auf dem Arbeitsmarkt.
Seite 7

Gewerkschaften: Weniger als jeder fünfte Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Die Initiative der Ministerin spricht sicherlich all jenen aus dem Herzen, die es als ungerecht empfinden, wenn jemand am Ende seines Arbeitslebens auf das Grundsicherungsniveau zurückfällt. Gleichwohl gibt es gute Gründe gegen eine Aufweichung der bisherigen Regeln:

- **Die Rente ist beitragsbezogen.** Die gesetzliche Rente richtet sich im Prinzip nach den eingezahlten Beiträgen. Sie garantiert deshalb nicht in jedem Fall eine bedarfsgerechte Versorgung. Denn der eigene Rentenanspruch leitet sich unter anderem aus der Höhe und der Dauer der gezahlten Beiträge ab. Umgekehrt wäre es deshalb auch unfair, Versicherte, die über einen langen Zeitraum hohe Beiträge eingezahlt haben, nicht besserzustellen als Arbeitnehmer, die kaum Ansprüche erworben haben.
- **Eine Aufstockung wäre versicherungsfremd.** Die Zuschussrente ist, weil eben nicht durch Beiträge erworben, eine versicherungsfremde Leistung. Sie müsste deshalb aus Steuermitteln finanziert werden.

Werden stattdessen die Beitragszahler zusätzlich belastet, müsste der Beitragssatz über die gesetzlichen Höchstwerte steigen. Diese betragen bis 2020 exakt 20 Prozent und bis 2030 genau 22 Prozent.

• **Mitnahmeeffekte sind programmiert.** Es ist wenig sinnvoll, den Aufstockungsbetrag an die gesetzliche Rente zu koppeln. Auch wer lediglich eine kleine Rente bekommt, muss nicht zwangsläufig arm sein (Grafik Seite 1):

Im Jahr 2007 waren nur 44 Prozent der Deutschen im Alter ab 65 Jahren allein auf ihre gesetzliche Rente angewiesen.

Ein Drittel aller Älteren erhält neben der gesetzlichen Rente auch eine Betriebsrente oder eine Hinterbliebenenrente. Vermögen wie eine ausgezahlte Lebensversicherung ist dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus dürfte es nicht selten vorkommen, dass ein Ehepartner Teilzeit arbeitet, um die Kinder zu erziehen. Der andere Elternteil arbeitet indes Vollzeit, verdient gut und hat eine anständige Rente. Des-

halb muss man im Alter das gemeinsame Haushaltseinkommen bewerten. Sonst ist es möglich, dass der Partner mit einer kleinen Rente noch einen Zuschuss erhält, wenn insgesamt reichlich Geld vorhanden ist.

Diese Konstellation dürfte die Regel sein. Denn der Anteil der Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen ist relativ gering (Grafik).

Um unerwünschte Mitnahmeeffekte zu vermeiden, müsste eine Aufstockung der gesetzlichen Rente an eine Prüfung des Haushaltseinkommens und des Vermögens gekoppelt werden.

2. Kombirente. Bereits heute können Versicherte ab 63 Jahren eine Teilrente beziehen und sich in einem Teilzeitjob noch etwas hinzuverdienen. Wer früher als mit 65 in Rente geht, muss allerdings auf die anteilige Rente Abschläge von 3,6 Prozent für jedes Jahr des vorzeitigen Bezugs hinnehmen.

Die Möglichkeit des gleitenden Übergangs in den Ruhestand wird bislang kaum genutzt.

Mit ein Grund dafür dürfte sein, dass beim bisherigen Teilrentenmodell die Hinzuverdienstgrenzen sehr kompliziert ermittelt werden. Und das auch noch jedes Jahr aufs Neue.

Das Bundesarbeitsministerium will die Versicherten deshalb zukünftig frei wählen lassen, wie hoch ihre Rente sein soll, die sie vorzeitig beziehen. Einzige bislang bekannte Restriktion: Das Arbeitseinkommen darf nicht höher sein als zuvor.

Experten befürchten jedoch, dass so ein Anreiz entsteht, erwerbstätig zu bleiben und zusätzlich Rente zu beziehen. Die Rentenkasse würde dadurch noch mehr strapaziert. Eine nach der Höhe der Teilrente gestaffelte Hinzuverdienstgrenze ist daher durchaus sinnvoll. Nur muss sie einfacher gestaltet werden.

Im Alter meist gut versorgt

So viel Prozent der Deutschen ab 65 Jahren verfügten 2007 über ein Haushaltsnettoeinkommen

von ... Euro pro Monat	Ehepaare	Alleinstehende		
		Insgesamt	Männer	Frauen
0 – 50	0	0	0	0
50 – 100	0	0	0	0
100 – 200	0	0	0	0
200 – 300	0	1	0	1
300 – 400	0	1	0	1
400 – 500	0	2	1	2
500 – 750	1	13	9	14
750 – 1.000	3	21	15	23
1.000 – 1.250	7	21	18	22
1.250 – 1.500	12	17	20	16
1.500 – 1.750	15	10	12	9
1.750 – 2.000	15	6	9	5
2.000 – 2.500	20	5	7	4
2.500 – 3.000	11	2	3	2
3.000 – 4.000	9	1	3	1
4.000 und mehr	7	1	1	0

Wettbewerb wirkt langsam



Strommärkte: Zwischen Monopol und Marktwirtschaft

Der Herfindahl-Hirschman-Index misst, wie stark die Unternehmenskonzentration auf einem Markt ist. Erreicht der Index etwa den Wert von 10.000, gibt es nur einen Monopolanbieter.

Unternehmenskonzentration in der europäischen Stromerzeugung im Jahr 2009

Griechenland	10.000
Malta	10.000
Lettland	8.900
Frankreich	7.740
Slowakei	6.257
Belgien	6.000
Luxemburg	5.661
Portugal	4.627
Slowenien	4.052
Litauen	3.472
Nordirland	2.800
Spanien	2.254
Rumänien	2.104
Deutschland	1.764
Polen	1.565
Ungarn	1.520
Niederlande	1.433
Italien	1.240
Norwegen	1.078
Vereinigtes Königreich	1.076

Quelle:
Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwed 40

Strommarkt. In Deutschland hat sich der Strommarkt in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Mittlerweile konkurrieren zahlreiche Anbieter um die Gunst der Stromverbraucher. In anderen Ländern Europas ist es mit dem Wettbewerb dagegen nicht so weit her.

Jahrzehntelang war der Strommarkt hierzulande streng aufgeteilt. Es gab Gebietsmonopole, in denen ein Versorger alle Kunden belieferte. Ende der 1990er Jahre sollte mit der Liberalisierung der Strommärkte Wettbewerb einziehen, um für mehr Effizienz und niedrigere Preise zu sorgen.

Und tatsächlich: Überkapazitäten wurden abgebaut, die Preise sanken. Profitiert hat davon jedoch vor allem der Staat, der über höhere Steuern und Abgaben die neuen Vorteile für die Kunden gleich wieder zunichtegemacht hat.

Denn der Strompreis setzt sich zusammen aus dem Preis für die Produktionskosten, den Netzentgelten und den Abgaben an den Staat. Dabei überwachen die Wettbewerbsbehörden die Börsen und passen auf, dass Anbieter einen fairen Zugang zum Stromnetz haben und ihre Marktmacht auf den Erzeugermärkten nicht missbrauchen. Der Preis für den Endabnehmer ergibt sich dann im Wettbewerb.

Von ihm profitieren die Kunden aber nur, wenn sie die Wahlmöglichkeiten nutzen und sich den jeweils günstigsten Anbieter aussuchen. Was Industriefirmen seit Jahren tun, scheuen viele Haushalte jedoch bis heute.

Noch immer sind in vielen Regionen Deutschlands 95 Prozent der Kunden bei ihrem Grundversorger, meistens den örtlichen Stadtwerken.

Insgesamt haben die drei größten Stromerzeuger hierzulande zwar noch einen Marktanteil von gut 79 Prozent – sie verlieren aber zunehmend. Seit die Hälfte der Kernkraftwerke im März dieses Jahres vom Netz gegangen ist, dürfte der Anteil der Erzeugungskapazitäten der großen Anbieter noch einmal zurückgegangen sein.

Die Liberalisierung des Strommarkts ist nicht allein ein deutsches Projekt. Es war vielmehr die Europäische Kommission, die mit mehreren Gesetzesvorhaben einen europäischen Binnenmarkt für Strom schaffen wollte. Nicht überall ist das gelungen – auch wenn es auf den ersten Blick vielleicht so aussieht.

In praktisch allen EU-Ländern dürfen die Kunden – Haushalte und Industrieverbraucher – ihre Anbieter wählen. Ein wirklich freier Markt hat sich vielfach aber noch nicht entwickelt. So gibt es in zwei Dritteln der Länder immer noch Kontrollen für die Endkundenpreise – und oft nur wenige Anbieter.

Experten messen die Unternehmenskonzentration mit dem sogenannten Herfindahl-Hirschman-Index (Grafik). Zeigt er die maximal möglichen 10.000 Punkte, gibt es nur einen Anbieter auf dem Markt.

Deutschland liegt mit 1.764 Punkten sogar unter dem europäischen Durchschnitt. Frankreich dagegen kommt auf 7.740 Zähler – dort verinnahmt ein Großunternehmen fast den gesamten Strommarkt.

Andere europäische Anbieter haben kaum eine Chance, in einen so stark beherrschten Markt wie den französischen einzutreten. Gleichzeitig nutzt die Regierung in Paris dies aus, um die industriellen Verbraucher mit besonders günstigem Strom zu versorgen – für die energieintensiven Industrien in Deutschland bedeutet dies einen klaren Wettbewerbsnachteil. Abhilfe ist hier nur dann in Sicht, wenn die europäischen Binnenmarktregeln wirklich überall gelten.

Das Gewissen isst mit

Nachhaltiger Konsum. Ab kommendem Samstag werden auf der weltweit größten Ernährungsmesse, der Anuga, die neuesten Trends der Lebensmittelbranche vorgestellt – eine immer größere Rolle spielt dabei auch die Herkunft von und der Umgang mit Nahrungsmitteln. Neben Biowaren sind deshalb verstärkt Fairtrade-Produkte sowie regionale und saisonale Lebensmittel gefragt.

Selbst eine so simple Angelegenheit wie eine Tasse Kaffee wird schnell komplex, wenn man alles richtig machen will: Stammen die Bohnen aus ökologischem Anbau? Ist der Kaffee fair gehandelt worden? Schadet Koffeingenuss der Gesundheit? Wäre es nicht ohnehin besser, etwas anderes zu trinken, weil die Herstellung der Bohnen, die man für eine einzige Tasse braucht, mit 140 Litern Wasser zu Buche schlägt?

Fest steht: Immer mehr Verbraucher beschäftigen sich mit solchen Fragen. Vielen geht es beim Einkauf nicht nur um Bedürfnisbefriedigung, sondern um die große Ganze: um die Artenvielfalt, das Klima, faire Löhne für die Bauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern, sozial-

verträgliche Arbeitsbedingungen, Ressourcenschonung, aber auch um die Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte. Das gute Gewissen sitzt quasi mit am Esstisch.

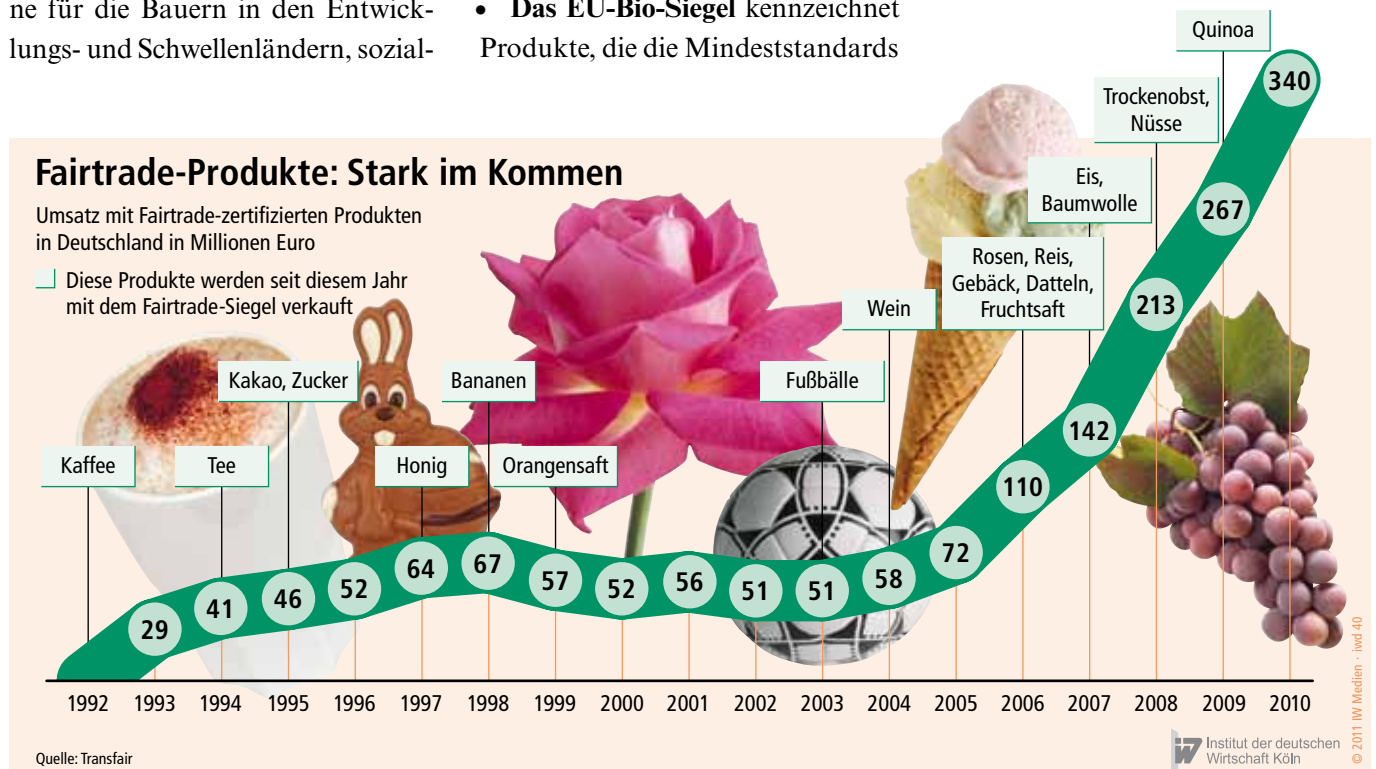
Diese diversen, teils widersprüchlichen Absichten lassen sich auch mit einem einzigen Wort umschreiben: Nachhaltigkeit. Das Problem ist nur: Der Begriff „nachhaltig“ ist, anders als etwa „biologisch“, nicht genau definiert – es fehlen verbindliche Standards. Allein in Deutschland gibt es knapp 1.000 verschiedene Siegel für nachhaltig hergestellte Produkte. In der Lebensmittelbranche haben sich vor allem diese Labels durchgesetzt:

- **Das EU-Bio-Siegel** kennzeichnet Produkte, die die Mindeststandards

der europäischen Verordnung zum ökologischen Landbau erfüllen – beispielsweise müssen 95 Prozent der Zutaten eines solchen Lebensmittels aus dem Öko-Landbau stammen.

- **Die Siegel der ökologischen Anbauverbände** – zum Beispiel Demeter, Bioland, Naturland, Gäa oder Biopark – gehen noch über die Kriterien der europäischen Öko-Verordnung hinaus: So muss etwa der gesamte Hof, der Bioprodukte erzeugt, umgestellt werden auf biologische Landwirtschaft, während laut EU-Öko-Richtlinie auch nur eine Teilmengung zulässig ist.

- **Das Fairtrade-Siegel** zielt fair gehandelte und nachhaltig produzierte Waren aus Entwicklungsländern, wobei nur ein Teil der Fairtrade-Produkte auch biologisch angebaut wird. Der Absatz dieser Güter hat sich in Deutschland zuletzt rasant entwickelt (Grafik):



Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland Fairtrade-Produkte im Wert von rund 340 Millionen Euro verkauft, 2003 betrug der Umsatz erst 51 Millionen Euro.

- **Der Blaue Engel**, das weltweit erste Umweltsiegel, prangt ebenfalls auf manchem Nahrungsmittel: zum Beispiel auf Säften und Wasser in Mehrwegflaschen. Mit dem Blauen Engel klassifizierte Produkte sind im Vergleich zu anderen Waren besonders umweltfreundlich.

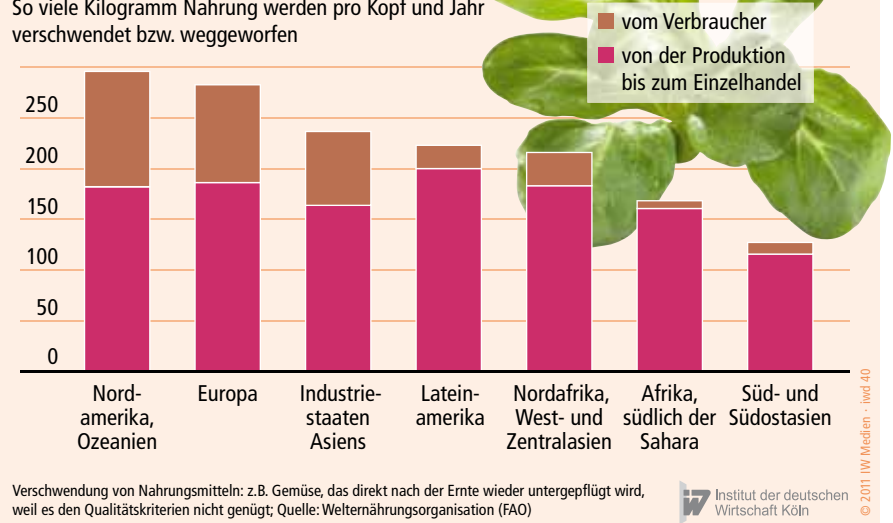
- **Das MSC-Label** (Marine Stewardship Council) kennzeichnet wild gefangenen Fisch aus nachhaltiger Herkunft. Aktuell holen die 131 zertifizierten Fischereibetriebe rund 5 Millionen Tonnen Fisch und Meerestiere im Jahr aus den Seen und Meeren, das sind 6 Prozent der weltweiten Fangmenge. **Das ASC-Siegel** (Aquaculture Stewardship Council), dessen Standards zurzeit vom World Wide Fund for Nature (WWF) entwickelt werden, soll in Kürze nachhaltige Fischzuchten auszeichnen.

- **Das Stop-Climate-Change-Etikett**, das beispielsweise auf Saft und Bananen klebt, weist auf die Klimafreundlichkeit dieser Waren hin: Der unvermeidbare Ausstoß von Treibhausgasen, der im Produktionsprozess auftritt, wird durch den Kauf von Emissionsrechten kompensiert.

Darüber hinaus haben auch die Handelsunternehmen selbst eine ganze Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, die sich um das Thema Nachhaltigkeit drehen. Die REWE Group etwa hat das Label „Pro Planet“ entwickelt, das konventionell hergestellte Produkte kenntlich macht, bei deren Herstellung die

Lebensmittel: Wie viel wir verschwenden

So viele Kilogramm Nahrung werden pro Kopf und Jahr verschwendet bzw. weggeworfen



Umwelt und Gesellschaft weniger belastet werden als sonst üblich.

Ein anderes Beispiel ist der Tiefkühlkost-Hersteller Frosta: Er will seine Treibhausgas-Emissionen bis 2013 um 70 Prozent reduzieren und weist deshalb auf seinen Produkten den sogenannten CO₂-Fußabdruck aus – also die Summe der direkten und indirekten Treibhausgas-Emissionen, die bei der Herstellung entstanden sind. Die Metro wiederum hat einen „Nachhaltigkeitsrat“ eingerichtet; und die Edeka-Gruppe will ab kommendem Jahr in ihren Supermärkten nur noch Fisch aus nachhaltigen Quellen verkaufen.

Trotz all der Siegel und Initiativen ist es gar nicht so leicht, sich wirklich nachhaltig zu ernähren. So kam die Zeitschrift Ökotest kürzlich zu dem Schluss, dass von 53 Regionalprodukten nur 14 diesen Namen auch verdienen. Und Bioware ist nicht automatisch besser – Bio-Tiefkühl-Pommes etwa können gar nicht nachhaltig sein, weil sich bei verarbeiteten Produkten automatisch die Ökobilanz verschlechtert.

Nicht zuletzt wirkt sich auch der Ernährungsstil auf die Nachhaltigkeit aus:

Menschen, die Fleisch essen, verursachen im Durchschnitt etwa doppelt so viele Treibhausgas-Emissionen wie Vegetarier.


Hintergrund ist, dass die Fleischproduktion deutlich größere Mengen an Treibhausgasen freisetzt als die Herstellung von pflanzlichen Lebensmitteln.

Ob vegan oder konventionell, bio oder fair – der größte Nachhaltigkeitseffekt dürfte wohl zu erzielen sein, wenn weniger Lebensmittel weggeworfen würden. So landet nach Angaben der Welternährungsorganisation ein Drittel der weltweit produzierten Lebensmittel auf dem Müll; Schätzungen gehen sogar davon aus, dass in den Industrieländern die Hälfte der Nahrungsmittel weggeworfen wird (Grafik):

In Europa und in den USA werden pro Person jährlich zwischen 280 und 300 Kilogramm Lebensmittel verschwendet, wobei 95 bis 115 Kilo von den Verbrauchern entsorgt werden.

Nachhaltig ist das nicht. Riesige Mengen von Energie, Wasser, Arbeitskraft, Transport- und Lagerkosten werden so vergeudet – und belasten Umwelt und Klima unnötig.

Obamas Werk vor Gericht

US-Gesundheitsreform. Im März 2010 hat der Kongress der USA eine umfassende Reform des Gesundheitswesens verabschiedet. Doch viele Bundesstaaten haben Klage eingereicht gegen das Kernstück des Vorhabens – die Krankenversicherungspflicht. 

Vielen Amerikanern galt und gilt die Krankenversicherungspflicht als sozialistischer Angriff auf die individuelle Freiheit. Dass Präsident Barack Obama dennoch vehement für das Vorhaben gekämpft hat, lag vor allem an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und deren verheerenden Auswirkungen auf die Mittelschicht:

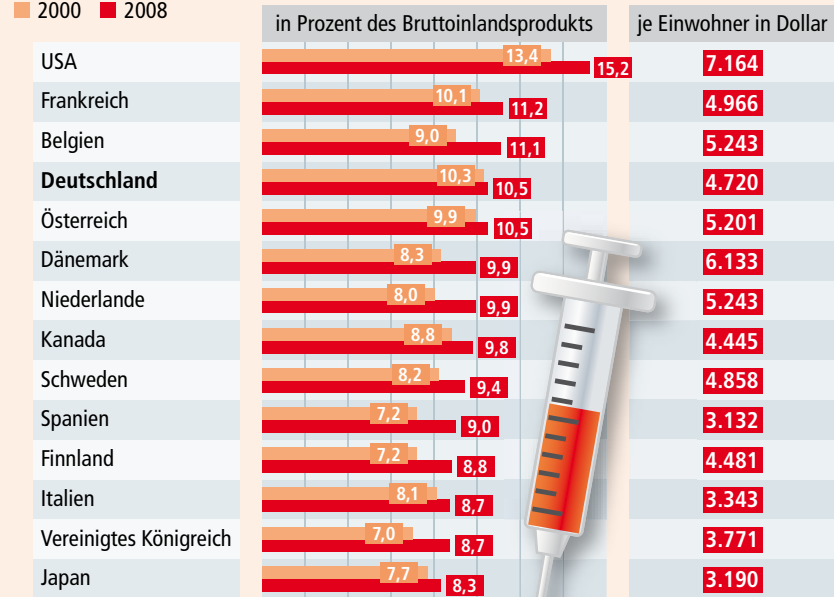
Seit dem Jahr 1970 sind die Ausgaben für Gesundheitsleistungen von etwa 350 Dollar je Einwohner auf mehr als 7.000 Dollar gestiegen.

Auch gemessen an der Wirtschaftsleistung ist das Gesundheitssystem der USA das teuerste weltweit (Grafik). Für viele Normalverdiener haben sich die Belastungen drastisch erhöht – nicht zuletzt, weil zahlreiche Betriebe aufgrund der steigenden Kosten die traditionelle freiwillige Krankenversicherung für ihre Angestellten gekündigt haben. Deshalb mussten immer mehr Arbeitnehmer eine teurere private Ver-

Teures US-Gesundheitssystem

Private und staatliche Gesundheitsausgaben

■ 2000 ■ 2008



Quelle: Weltgesundheitsorganisation

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 40

sicherung abschließen – oder sie blieben ohne Gesundheitsschutz:

Die Zahl der nicht krankenversicherten US-Bürger ist seit 1990 von 35 Millionen auf mehr als 50 Millionen gestiegen.

Die Reform soll diese Zahl senken und die Krankenversicherung für alle bezahlbar machen. Dafür sieht das 2.800 Seiten starke Gesetz ein großes Maßnahmenbündel vor (vgl. iwd 29/2010). Neben der Versicherungspflicht gehören dazu z. B. steuerfinanzierte Zuschüsse zu den Beiträgen für all jene, deren Einkommen maximal 400 Prozent der amtlichen Armutsgrenze beträgt. Wer sich der Versicherungspflicht entzieht, muss eine Strafe zahlen, ebenso Arbeitgeber, die keine Betriebsversicherung anbieten. Zudem wird der Versicherungsmarkt stark reguliert – so dürfen Versicherungen die Ausgaben nicht mehr über die Dauer der Police oder pro Jahr nach oben begrenzen.

Die Reform wird in den kommenden zehn Jahren etwa 940 Milliarden Dollar kosten – aber vor allem die

Versicherungsbeiträge der weniger gut Verdienenden deutlich senken. Den Versicherungen winken mehr als 30 Millionen neue Kunden – ein Markt, dessen Wert schon jetzt auf 2,2 Billionen Dollar geschätzt wird.

Doch auch wenn Teile der Reform bereits in Kraft getreten sind, hängt die Zukunft des Gesamtpakets vor allem von den Entscheidungen der Gerichte ab. Denn 28 Bundesstaaten haben gegen die Versicherungspflicht geklagt. Bislang wurden fünf Urteile erwirkt – zwei haben die Pflicht als verfassungswidrig erklärt, drei sehen sie als verfassungskonform. Letztlich muss wohl der Supreme Court entscheiden.

Zudem sperren sich viele Unternehmen wegen der befürchteten hohen Bürokratiekosten gegen die Reform. Und nicht zuletzt stehen im November 2012 die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Da die Republikaner massiv Front gegen Obamas Werk machen, könnten davon am Ende nur noch einzelne Bestandteile übrig bleiben.



aus IW-Trends
3/2011

Waltraut Peter: Historie und Perspektiven der US-Krankenversicherung, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln

www.iwkoeln.de/trends

Heimat durch Heirat

Migranten. Fürst Albert II. von Monaco und Charlene Wittstock, Joschka Fischer und Minu Barati, Fußballnationalspieler Sami Khedira und Model Lena Gehrke – sie alle leben in binationalen Partnerschaften. Für Promis mag das keine Rolle spielen, für viele Migranten hat eine solche Verbindung aber viele Vorteile, unter anderem auf dem Arbeitsmarkt.

Insgesamt waren 15 Prozent der Migranten und 18 Prozent der Migrantinnen in Deutschland im Jahr 2005 mit einem deutschen Partner liiert. Türken – mit gut 22 Prozent der Migrantenbevölkerung die größte ethnische Gruppe – leben am seltensten in binationalen Partnerschaften. Lediglich 8 Prozent der Männer sind mit einer deutschen Frau verheiratet. Von den türkischstämmigen Frauen haben sogar nur rund 3 Prozent einen deutschen Mann (Grafik):

Besonders häufig gehen Italiener den Bund der Ehe mit einer Deutschen ein – 2008 hatte jeder dritte in Deutschland lebende Italiener eine deutsche Frau an seiner Seite.

Einen deutschen Mann ehelichten am liebsten Frauen aus Polen: So waren 2008 rund 29 Prozent der in der Bundesrepublik sesshaften Polinnen mit einem deutschen Mann verheiratet.

Dabei fällt eines auf: Zuwanderer gründen umso eher eine Familie mit einem deutschen Partner, je besser sie ausgebildet sind. Migranten mit einer höheren Bildung gelingt es leichter, sich an die Gepflogenheiten in der neuen Heimat anzupassen. Daher kommen diese Zuwanderer

wahrscheinlich auch schneller mit einheimischen potenziellen Partnern in Kontakt.

Studien zeigen außerdem, dass Migranten in binationalen Partnerschaften sich als besonders kontaktfreudig, gesellig und politisch interessiert einschätzen.

All dies führt dazu, dass sich Zuwanderer mit einem deutschen Ehepartner im Leben und auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland besser orientieren können. Migranten in einer binationalen Beziehung sind häufiger erwerbstätig und erreichen eine höhere berufliche Stellung als Migranten, die mit einem Partner mit Migrationshintergrund leben.

So sind mehr als die Hälfte der zugewanderten Frauen, die mit einem Migranten verheiratet sind, nicht erwerbstätig. Von den Migrantinnen mit deutschem Partner haben dagegen nur 46 Prozent keinen Job.

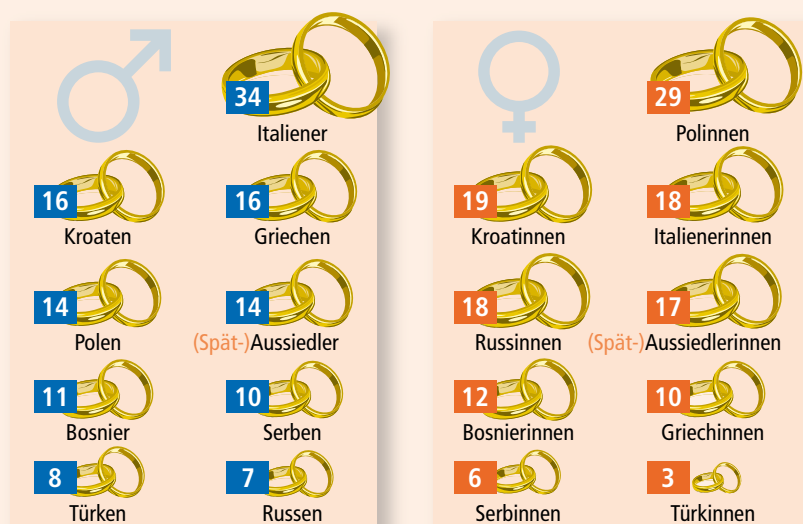
Bei den Männern mit ausländischen Wurzeln gibt es allerdings kaum Unterschiede.

Auch haben 17 Prozent der Migranten mit deutschen Partnerinnen Führungspositionen inne – bei den Zuwanderern, die mit einer Migrantin liiert sind, beträgt der Anteil nur 9 Prozent. Zudem sind Migrantinnen mit 7 Prozent mehr als doppelt so häufig in Führungspositionen anzutreffen, wenn sie eine Beziehung mit einem Deutschen führen.

Unterschiede gibt es auch beim Gehalt. Nach Angaben des sozioökonomischen Panels lag das monatliche Bruttoeinkommen von zugewanderten Männern im Schnitt bei 3.200 Euro, wenn sie mit einer deutschen Frau, und bei 2.700 Euro, wenn sie mit einer Migrantin zusammen waren. Bei zugewanderten Frauen spielt die Partnerschaft in Gehaltsfragen keine große Rolle.

Ehe ohne Grenzen

So viel Prozent der in Deutschland lebenden Migranten waren 2008 mit einem deutschen Partner verheiratet



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Große Nachwuchssorgen

Gewerkschaften. Sie konnten die Wirtschaftspolitik und das Verhalten der Banken während der Finanzkrise noch so sehr kritisieren – Mitglieder haben die Gewerkschaften in den vergangenen beiden Jahren nicht gewinnen können. So ist weniger als jeder fünfte Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.

In den vergangenen zehn Jahren hat rund ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder seiner Organisation den Rücken gekehrt. Inzwischen stehen nur noch 7,7 Millionen Namen in den Mitgliederverzeichnissen, darunter auch viele nicht mehr Erwerbstätige.

Von den Arbeitnehmern waren im Jahr 2010 gut 17 Prozent Mitglied in einer Gewerkschaft (Grafik). Im Osten war der Anteil leicht höher als im Westen. Das ist überraschend – bislang waren eher westdeutsche Beschäftigte den Gewerkschaften zugeneigt.

Adressaufkleber

Gewerkschaften: Beamte gut organisiert

So viel Prozent der Arbeitnehmer waren im Jahr 2010 Gewerkschaftsmitglieder

	Insgesamt	West	Ost
Männer	20,1	20,7	18,6
Frauen	14,2	13,1	16,8
Vollzeit	19,1	18,8	19,4
Teilzeit	10,4	10,5	8,0
Beamte	40,4	44,4	22,2
Angestellte	13,7	13,0	16,1
Arbeiter	19,3	18,6	19,4
18 bis 29 Jahre	10,2	9,4	12,3
30 bis 39 Jahre	15,9	17,6	10,8
40 bis 49 Jahre	18,7	17,4	21,9
50 Jahre und älter	22,0	22,3	21,4
Insgesamt	17,4	17,2	18,0

Befragung von 2.827 Personen von Mai bis November 2010
 Ursprungsdaten: ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften)

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 40

Ganz oben auf der gewerkschaftlichen Mitgliederagenda steht das Thema Mitgliederwerbung:

Während in der Generation 50plus noch mehr als jeder Fünfte gewerkschaftlich organisiert ist, ist es bei den unter 30-Jährigen nur jeder Zehnte.

Den größten Rückhalt haben die Gewerkschaften nach wie vor bei den Beamten. Mit großem Abstand folgt die einst klassische Bastion der Gewerkschaften: die Arbeiter. Im Schnitt sind sie nicht einmal mehr zu 20 Prozent organisiert.

Diese Bilanz steht im Gegensatz zur Stimmung im Lande. Denn laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach kommen die Gewerkschaften in der Bevölkerung heute besser weg als vor einigen Jahren: Rund 39 Prozent der Befragten sehen die Gewerkschaften als wirkungsvolle Interessenvertre-

terung der Arbeitnehmer, weitere 37 Prozent erachten sie als wichtig, halten jedoch eine Modernisierung für nötig. Nur 10 Prozent der Befragten lehnen die Arbeitnehmervertreter ab – 2006 waren es noch 16 Prozent.

Der positiven Stimmung zum Trotz hadern die Gewerkschaften offenbar mit den in sie gesetzten Erwartungen: Ver.di und Co. sollen sich vor allem für Lohnerhöhungen und Kündigungsschutz einsetzen. Bessere Rahmenbedingungen wie kürzere Arbeitszeiten treten in den Hintergrund. Nach einer langen Phase moderater Lohnabschlüsse drohen die Gewerkschaften nun von diesen Ansprüchen getrieben zu werden. Ihnen könnte daher ein großes Problem der deutschen Wirtschaft zupasskommen: Viele Unternehmen suchen händeringend Fachkräfte – und das sorgt für höhere Löhne.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
 Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
 Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
 GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
 (außer Januar und Dezember)
 „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
 nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
 www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.